

*Bremens Koalition macht den Weg für ein neues Wahlrecht frei*

### **Taktisches Kalkül <##3>Peter Voith**

Argumente für eine Änderung des Wahlrechts hat es viele gegeben. Es waren und bleiben gute Argumente. Denn mit welchen Personen die Bürgerschaft besetzt werden soll, das knobeln jetzt nicht mehr die Parteifunktionäre allein aus. Wir Bremer können, wenn wir wollen, fünf Stimmen verteilen wie wir wollen: quer durchs Parteien- und Kandidatenbeet. Das gibt beispielsweise einem in seinem Stadtteil engagierten, gleichwohl aber vielleicht in Parteikreisen nicht so gut gelittenen Politiker mehr Chancen. Er muss nicht mehr darum betteln, doch bitte auf einem vorderen Listenplatz platziert zu werden, damit er wieder ins Parlament gewählt wird. Mehr Rechte für die Wähler, das bedeutet auch eine Entmachtung der Parteifürsten.

Ob diese Argumente inzwischen auch in den Koalitionsparteien CDU und SPD auf fruchtbaren Boden gefallen sind? Auf den ersten Blick mag das so aussehen. Der zweite Blick allerdings offenbart: Nicht die Einsicht hat die beiden großen Parteien in Bremen zur Änderung des Wahlrechts getrieben, sondern allein wahltaktisches Kalkül. SPD und CDU hatten Angst, dass der von ihnen nicht gewollte Volksentscheid zum Wahlkampfthema wird und sie Stimmen an die Parteien verlieren, die für die Wahlrechtsänderung eingetreten sind - wie etwa Grüne und FDP. Insoweit muss man leider feststellen: Die guten Argumente waren es nicht, die SPD und CDU zur Kehrtwende veranlasst haben. Um nicht unnötig Stimmen einzubüßen, blieb ihnen keine andere Wahl.

Wenn es nach den Koalitionären geht, sollen wir erst 2011 fünf Kreuze machen dürfen. Fristen müssten eingehalten werden, heißt es zur Begründung, die fadenscheinig klingt. Schließlich blieben den Parteien im Falle von vorzeitigen Neuwahlen auch nur maximal 70 Tage Zeit, um sich erneut den Wählern zu stellen. Bis zum Mai wäre weit mehr Zeit, die Kandidaten nach dem neuen Wahlrecht aufzustellen. Wenn also von "Fristen" die Rede ist, dann wohl auch von Gnadenfristen für jene Politiker, die sonst Gefahr liefen, abgewählt zu werden.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Weser-Kurier Seite: 2 Datum: 15.11.2006